

Miszellen

PATRIK VON ZUR MÜHLEN

JAPAN UND DIE SOWJETISCHE NATIONALITÄTENFRAGE
AM VORABEND UND WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion schwankten in den 30er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges zwischen drohender bewaffneter Auseinandersetzung und vorübergehender Entspannung. Japan hat sich gegen die Sowjetunion, die ein Gegner seiner Expansionspolitik auf dem asiatischen Festland und sein Rivale im Wettlauf um den Einfluß in China war, mit verschiedenen Allianzen abzusichern versucht. Der Ende 1936 abgeschlossene Antikominternpakt und der im September 1940 unterzeichnete Dreimächtepakt waren die Resultate dieser Bemühungen¹.

Aber die Politik des Inselreiches gegenüber der Sowjetunion beschränkte sich nicht auf den diplomatischen und militärischen Bereich. Japanische politische Kreise beobachteten sorgsam die sowjetische Innenpolitik und richteten ihr Augenmerk naturgemäß auf die schwächsten Stellen im staatlichen Gefüge ihres westlichen Rivalen. Eine besondere Bedeutung kam hierbei der sowjetischen Nationalitätenfrage zu, die wegen der grobschlächtigen Behandlung der nicht-russischen Völkerschaften durch Stalin und wegen der Aktivitäten von Emigrantenorganisationen in den Nachbarländern der UdSSR ihre frühere Aktualität durchaus behalten hatte. Die vorliegende Studie untersucht an Hand des – freilich sehr lückenhaften – deutschen Quellenmaterials die Zusammenarbeit offizieller japanischer Kreise mit Emigrantengruppen aus nicht-russischen Nationalitäten der UdSSR während der 30er Jahre und mit antisowjetischen bzw. antirussischen Untergrundorganisationen in einigen Republiken Sowjet-Turkestan während des Krieges. Das Thema verdient Interesse im gesamten Rahmen japanisch-sowjetischer Beziehungen während des angegebenen Zeitraumes, die auch durch neuere gründliche Darstellungen keineswegs ausgelotet worden sind. Die vorliegende Untersuchung möchte auf einige bislang nicht beachtete Einzelheiten dieser Beziehungen hinweisen und durch ihre notgedrungen fragmentarischen Ergebnisse einen kleinen Beitrag zu ihrer Erforschung leisten.

Ein offizielles japanisches Interesse an der sowjetischen Nationalitätenfrage vor 1934 läßt sich den vorhandenen Quellen nicht entnehmen. Allerdings propagierten schon in den 20er Jahren japanische Gelehrte die Ideologie des sog. Panturanismus, auf die hier wegen ihrer engen Verknüpfung mit der sowjetischen Nationalitätenfrage kurz eingegangen werden soll. Der Panturanismus wird gelegentlich synonym

¹ Hierzu Theo Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940, Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962.

für den Begriff Pantürkismus gebraucht, was jedoch nicht ganz korrekt ist. Dieser appelliert allein an die sprachliche und kulturelle Einheit aller turktatarischen Völkerschaften und hat im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert in der Türkei und unter den turktatarischen Völkern des Zarenreiches bzw. der Sowjetunion durchaus eine gewisse politische Bedeutung erlangt². Der Panturanismus hingegen propagierte die Einheit aller vermeintlichen Ural-Altai-Völker, zu denen neben den turktatarischen, ugrofinnischen und mongolischen Nationalitäten auch die Japaner gerechnet wurden. Unter Berufung auf diese angebliche turanische Verwandtschaft hatten in den 20er Jahren ungarische Panturanisten angeregt, einen japanischen Prinzen auf den ungarischen Thron zu setzen³. Aber abgesehen von solchen Absonderlichkeiten hat der Panturanismus nur ein Schattendasein unter finnischen, ungarischen, türkischen und japanischen Kreisen geführt, ohne in der Weltöffentlichkeit viel Beachtung zu finden. Zwar gab es in Tokyo die „Japanisch-Turanische Gesellschaft“, die in den 20er Jahren ein umfangreiches Kartenwerk über die Siedlungs- und Heimatgebiete aller mutmaßlichen turanischen Völker herausgab⁴. Aber bedeutendere politische Aktivitäten scheint der Panturanismus nicht angeregt zu haben.

Ein intensives japanisches Interesse an der sowjetischen Nationalitätenfrage setzte erst 1934 ein und ließ sich, da viele der vermeintlichen turanischen Völker innerhalb der Sowjetunion lebten, geschickt mit der Ideologie des Panturanismus verbinden. 1933 erschien in Budapest eine Neuauflage jenes Kartenwerkes; es ist sehr wahrscheinlich, daß es mit japanischen Geldern zumindest mitfinanziert worden ist. Ein Jahr später setzte eine recht umfangreiche Förderung von Emigrantenorganisationen in Europa und im Fernen Osten durch Japan ein.

Während der Revolutionswirren des Jahres 1917 und des folgenden Russischen Bürgerkrieges waren zahlreiche Staatsbürger des ehemaligen Zarenreiches mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Ostasien geflüchtet. Nordchinesische, mandchurische und sogar japanische Städte nahmen größere Emigrantengruppen – Russen wie auch Nicht-Russen – auf, die sich unter dem Schutzschild Japans vor den Auswirkungen der Revolution sicher fühlten. Von den nicht-russischen Nationalitäten waren am stärksten die Tataren vertreten, in geringerem Maße auch Vertreter der turkestanischen Völkerschaften Mittelasiens. Insgesamt sollen sich im Fernen Osten etwa 25 000 Tataren niedergelassen haben⁵; über die Flüchtlinge aus anderen nicht-russischen Nationalitäten liegen keine Zahlen vor. Viele Tataren setzten auch in der Emigration ihre frühere kaufmännische Tätigkeit fort, durch die manche von ihnen

² Dieser Frage geht ausführlich nach Charles Warren Hostler, *Türken und Sowjets*, Frankfurt a. M./Berlin 1960.

³ Ernst Nolte, *Die faschistischen Bewegungen, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Bd. 4, 1966, S. 206f.

⁴ Bertold Spuler, *Die Lage der rußlandtürkischen Emigration im Fernen Osten*, in: *Ost-Europa*, Bd. 12 (1936/37), S. 544.

⁵ Johannes Benzling, *Berliner politische Veröffentlichungen der Türken aus der Sowjetunion*, in: *Welt des Islam*, Bd. 18 (1936), S. 125.

schon vor dem Ersten Weltkrieg Kontakte und Verbindungen nach Ostasien angeknüpft hatten. Sie errichteten eigene Kulturzentren, durch die der Zusammenhalt der Emigrantengruppen gefestigt wurde. In Tokyo, Nagoya und Kobe bauten sie Moscheen, ebenso in den mandschurischen Städten Charbin, Hailar und Mukden sowie Schulen in Schanghai, Tientsin und Nanking⁶. Allerdings fehlte ihnen eine festere politische Organisation, die ihre Interessen nach außen und vor allem gegenüber den Behörden der Gastländer hätte vertreten können.

Im Jahre 1934 konnten die tatarischen Emigranten diesem Mangel abhelfen. Japanische Behörden ermöglichten es dem Oberhaupt der tatarischen Emigration, Ayaz Is'haki, der 1917/18 Chef der nationalen tatarischen Revolutionsregierung gewesen war, nach Ostasien zu reisen und die größeren Gemeinden seiner Landsleute aufzusuchen. Ayaz Is'haki veranstaltete zunächst im japanischen Kobe eine Konferenz zur Gründung einer festen tatarischen Vereinigung, die dann ein Jahr später auf einer weiteren Konferenz im mandschurischen Mukden ihre endgültige Gestalt erhielt. Es wurden überall, wo größere tatarische Gruppen in Ostasien lebten, politische Zentren geschaffen. Darüber hinaus knüpften die tatarischen Vereine Verbindungen zu den Emigrantengruppen anderer nichtrussischer Nationalitäten, vor allem anderer Turkvölker, an und organisierten mit ihnen gemeinsame politische Veranstaltungen, die regelmäßig Anlaß zu heftigen Prügelepisoden zwischen tatarischen und russischen Emigranten boten. Es ist zu vermuten, daß Japan und sein Satellitenstaat Mandschukuo die Emigrantengruppen mit beträchtlichen finanziellen Mitteln unterstützt haben. Die Tataren ihrerseits erzeugten ihren Protektoren so viel Loyalität, daß sie alle von ihren Organisationen gefaßten Beschlüsse zur Begutachtung den japanischen bzw. mandschurischen Behörden vorlegten. Die Japaner veranstalteten durch ihren „Panasiatic Club“ Vortragsreihen japanischer Orientalisten; die schon genannte „Japanisch-Turanische Gesellschaft“ betreute die tatarischen Emigranten ideologisch und propagandistisch und die Zeitung „Tokyo Nichi Nichi“ widmete ihnen wie der sowjetischen Nationalitätenfrage überhaupt ihre wohlwollende Aufmerksamkeit⁷.

Die großen Quellenlücken gestatten keine Darstellung der Zusammenarbeit tatarischer Emigrantenorganisationen mit japanischen Dienststellen bis zum Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges 1937 oder gar bis zur Ausweitung des Zweiten Weltkrieges auf Ostasien 1941. Vor allem fehlen solche Quellen, die über die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit und ihre Zielsetzung Auskunft geben. Bestand das Wirken der tatarischen Organisationen nur aus nationalistischem Vereinsleben oder stellten sich auch Tataren dem japanischen Geheimdienst zur Verfügung? Welche konkreten Absichten verband man japanischerseits mit dieser Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf eine in den 30er Jahren durchaus nicht unwahrscheinliche kriegerische Auseinandersetzung mit der UdSSR? Offensichtlich hat gegen Ende der 30er Jahre diese Zusammenarbeit an Intensität zugenommen.

⁶ Spuler, a. a. O., S. 543.

⁷ Ebenda, S. 544.

In einem gegen Ende 1938 geführten Gespräch mit Vertretern des Außenpolitischen Amtes (APA) der NSDAP äußerte der japanische Militärattaché in Berlin, Kawabe, daß man noch vor zwei oder drei Jahren alle sowjetischen Emigranten unterschiedslos als Russen behandelt hätte. Gegenwärtig hingegen beobachte man aufmerksam die turktatarische Emigration im Fernen Osten, da man in der Zukunft „... mit dem militärpolitischen Einsatz dieses Faktors“ rechne; japanische Stellen, sagte Kawabe, sortierten politisch interessante turktatarische Emigranten aus, jedoch sei hierbei Vorsicht geboten, da sich unter sie auch viele Agenten einschlichen⁸.

Ungefähr zur gleichen Zeit wie in Ostasien, also um 1934, setzte auch in Europa die japanische Förderung nicht-russischer Emigrantenorganisationen aus der Sowjetunion ein. Da die tatarische Emigration in West-Europa zahlenmäßig von geringer Bedeutung war, wandte sich das japanische Interesse vorwiegend den kaukasischen Emigrantengruppen zu, deren politisches Zentrum in Frankreich lag. Die japanische Botschaft in Paris war es denn auch, die es dem früheren kaukasischen Außenminister Haidar Bammatt finanziell ermöglichte, eine recht umfangreiche und kostspielige Pressearbeit zu beginnen.

Zum Verständnis der kaukasischen Emigranten muß man sich vergegenwärtigen, daß sie – wie übrigens auch ihre Schicksalsgenossen aus anderen sowjetischen Nationalitäten – in zwei politische Flügel gespalten waren, einen linken und einen rechten, die sich in größeren übernationalen Verbänden oder Zirkeln zusammengeschlossen hatten. Die linken Gruppen fast aller nichtrussischen Emigrantenverbände organisierten sich in der von Polen und wahrscheinlich auch von Frankreich finanzierten Prometheus-Liga („Ligue Prométhée“), die sich an den demokratischen Mächten England und Frankreich orientierten. Exponent des rechten Flügels hingegen wurde der Zirkel um das von Haidar Bammatt mit japanischer Hilfe herausgegebene Blatt „Kavkaz“. Die Angehörigen dieses Zirkels lehnten sich ideologisch und außenpolitisch eng an Deutschland, Italien, später auch Franco-Spanien und naturgemäß an Japan an⁹.

Haidar Bammatt entwickelte mit seinem „Kavkaz“ eine sehr rege publizistische Tätigkeit. Das Blatt wurde in Paris, dem westeuropäischen Emigrantenzentrum, herausgegeben und erschien seit 1934 in russischer, türkischer und französischer Sprache („Kavkaz“, „Kafkasya“, „Le Caucase“). Es folgte bald eine englische Ausgabe („The Caucasian Quarterly“) und ab 1937 auch eine deutsche („Der Kaukasus“). Das vom „Kavkaz“ proklamierte Ziel war die Sezession der kaukasischen Völker und Republiken von der Sowjetunion und die Bildung einer unabhängigen multinationalen kaukasischen Staatenföderation. An der Pressearbeit des Blattes beteiligten sich auch prominente italienische Politiker; ein Teil der Auflage wurde in Berlin gedruckt. Diese beiden Tatsachen sowie einige weitere Indizien deuten

⁸ Niederschrift Jacobs' (APA) vom 6. 12. 1938 (Bundesarchiv Koblenz, NS-Mischbestand 1600).

⁹ Patrik von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im 2. Weltkrieg, Düsseldorf 1971, S. 28f.

darauf hin, daß auch Deutschland und Italien das Blatt unterstützten oder ihm doch zumindest eine wohlwollende Duldung zukommen ließen¹⁰.

Es ist nicht auszuschließen, daß diese mutmaßliche gemeinsame Förderung des „Kavkaz“ als praktische Ausfüllung der im Text recht dürftigen Artikel des Antikominternpaktes verstanden wurde. Zumindest von japanischer Seite dürfte ein Interesse daran bestanden haben, alle nur denkbaren Hebel in Bewegung zu setzen, um auf einen Konflikt mit der Sowjetunion vorbereitet zu sein. Im Herbst 1935 war es an der Grenze der Mandchurei zur Inneren Mongolei zu Schießereien zwischen Japanern und Sowjets gekommen und die sowjetisch-japanischen Beziehungen standen seit 1933 wieder einmal auf einem Tiefpunkt. Daher darf die mutmaßliche deutsch-italienische Mitfinanzierung des „Kavkaz“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß der ursprüngliche Drahtzieher und Geldgeber ausschließlich Japan gewesen ist, dem sich die beiden „Achsenmächte“ wahrscheinlich später anschlossen. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß der „Kavkaz“ zu einer Zeit gegründet wurde (1934), als noch niemand ernsthaft an den Antikominternpakt dachte und der Gedanke einer deutsch-japanischen Annäherung noch bloße Theorie war¹¹. – Es ist zu vermuten, daß Japan sich auch aus nachrichtendienstlichen Gründen für die Emigrantenkreise aus der Sowjetunion interessierte, da ihre Angehörigen über wertvolle Sach- und Sprachkenntnisse und womöglich über Informationsquellen aus der Sowjetunion verfügten. Aber darüber läßt sich naturgemäß nichts Bestimmteres aussagen.

Im Frühjahr 1939 kam es an der mandschurisch-mongolischen Grenze bei Nonmonhan erneut zu schweren Gefechten zwischen sowjetischen und japanischen Truppen, bei der die letzteren 18000 Soldaten verloren haben sollen. Wenige Monate später unterzeichnete Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, was eine merkliche Abkühlung der deutsch-japanischen Beziehungen nach sich zog¹². Dieser Wechsel der politischen Situation in Europa zog auch die japanische Hilfe für die nichtrussischen Emigrantenkreise aus der Sowjetunion in Mitleidenschaft. Der „Kavkaz“ stellte sein Erscheinen mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa ein; im deutschen Machtbereich wurde die politische Betätigung aller Emigranten untersagt, ihre Organisationen wurden aufgelöst oder in ihrem Wirkungsbereich auf kulturelle und soziale Aufgaben beschränkt¹³.

Die deutsche Regierung ging in ihren Maßnahmen sogar sehr weit, um mögliche Konfliktstoffe mit ihrem neuen Vertragspartner im Osten vorsorglich zu beseitigen. Bekanntlich hatte auch die deutsche Abwehr seit längerem enge Kontakte zu Angehörigen nichtrussischer Exilgruppen aus der UdSSR, vorwiegend Ukrainern, unterhalten, von denen einige seit 1938 in besonderen Ausbildungsstätten in Sprengtechnik, Sabotage und Partisanenkampf geschult wurden. Nach Unterzeichnung des

¹⁰ Ebenda, S. 29 und 40.

¹¹ Sommer, a. a. O., S. 17 ff.

¹² Ebenda, S. 296 ff.

¹³ Mühlens, a. a. O., S. 41 f.

Hitler-Stalin-Paktes mußte die Abwehr ihre Verbindungen zu den Emigrantenkreisen abbrechen oder stark reduzieren. Einige der bislang von ihr betreuten Gruppen wurden daraufhin dem japanischen Geheimdienst anvertraut, der sich ihrer trotz der gestörten Beziehungen zu Deutschland in den nächsten zwei Jahren annahm¹⁴.

In welchen Formen und mit welchen konkreten Absichten die japanische „Betreuung“ von 1939 bis 1941 erfolgte, ist unbekannt. Wahrscheinlich ist sie 1940/41 weitgehend aufgegeben worden. Da Japan, wie neuere Forschungen ergeben, bereits in diesem Zeitraum seine Kriegsentscheidung gegen die USA fällte und somit an entspannten Beziehungen zur Sowjetunion interessiert gewesen ist¹⁵, dürfte es seine Politik kaum durch die Unterstützung von antisowjetischen Emigrantengruppen belastet haben. Dies gilt um so mehr für die Zeit nach dem Abschluß des sowjetisch-japanischen Neutralitätspaktes im April 1941, der ein sichtbares Zeichen dieser neuen Politik war. Nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion aber gerieten alle in Europa ansässigen Emigrantenkreise aus der Sowjetunion in den Sog des deutsch-sowjetischen Krieges, wodurch ohnehin alle vielleicht noch bestehenden Beziehungen der Japaner zur Emigration hätten abgebrochen werden müssen¹⁶.

Das japanische Interesse an der sowjetischen Nationalitätenfrage scheint 1942 erneut Anlaß gewesen zu sein für die Förderung antisowjetischer Exilorganisationen. Ausgangspunkt dieser Aktivitäten war die japanische Gesandtschaft in Kabul. Wie viele neutrale Länder war Afghanistan im Zweiten Weltkrieg für Deutschland und Italien wie auch für Japan ein bevorzugter Ort für politische Untergrundarbeit. Sie richtete sich vor allem gegen die britische Herrschaft in Indien, aber auch gegen die Sowjetmacht in Turkestan. Die Wühlarbeit der deutschen und italienischen Gesandtschaft hatte daher im Oktober 1941 die Sowjetunion und Großbritannien veranlaßt, von der afghanischen Regierung die Ausweisung der feindlichen Agenten mit Ausnahme des Restes des diplomatischen Personals zu fordern. Afghanistan kam dieser Aufforderung nach und bewirkte damit eine drastische Einschränkung des deutschen und italienischen Personals, was dessen Aktivitäten stark beeinträchtigte¹⁷. Die deutsche Mission fuhr aber fort, usbekische und turkmenische Emigrantenorganisationen zu finanzieren, die ihrerseits über illegale Verbindungen nach Taschkent und in die wichtigsten anderen Städte Turkestans verfügten. Durch die strenge afghanische Überwachung war jedoch die Zusammenarbeit der deutschen Diplomaten mit diesen Kreisen großen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Intensiver als das deutsche Gesandtschaftspersonal bemühte sich jedoch der japanische Geheimdienst in Afghanistan um turkestanische Emigranten und ihre

¹⁴ Paul Leverkuehn, *Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege*, Frankfurt a. M. 1957, S. 132.

¹⁵ Hierzu neuerdings Michael Libal, *Japans Weg in den Krieg, Die Außenpolitik der Kabinette Konoye 1940/41*, Düsseldorf 1971.

¹⁶ Zur Situation der nicht-russischen Emigranten aus der Sowjetunion nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges s. Mühlen, a. a. O., S. 57 ff. und S. 82 ff.

¹⁷ Mühlen, a. a. O., S. 177 f.

Verbindungsmänner jenseits der sowjetischen Grenze. Dabei arbeiteten die Japaner engstens mit dem türkischen Geheimdienst zusammen, der aus sprachlichen und religiösen Gründen naturgemäß sehr viel leichter Zugang zu den stammverwandten Turkestanern fand. Das türkische Interesse an den Turkvölkern der Sowjetunion stand unter dem Einfluß des Pantürkismus. Zwar hatten Kemal Atatürk und sein Nachfolger Ismet İnönü ihn als politisches Programm für die Türkei abgelehnt, aber dennoch hatten führende türkische Kreise ihn nicht völlig abgeschrieben. Es ist durchaus möglich, daß die Japaner zur ideologischen Begründung ihrer Zusammenarbeit mit den Türken erneut den Panturanismus belebt haben.

Aber auch ohne türkische Vermittlung besaßen japanische Kreise seit längerem Beziehungen zur turkestanischen Emigration, besonders zu führenden turkestanischen Exilpolitikern. Zwei prominente Persönlichkeiten aus dem engeren Führungskreis der turkestanischen Exilpartei „*Milli Türkistan Birliđi*“ hielten sich schon seit vielen Jahren in Tokyo auf, wo sich ihre Tätigkeit wohl kaum auf die Betreuung muselmanischer Gemeinden in Ostasien beschränkt haben dürfte: der Imam Abdullah Kurbanali und der über neunzigjährige Kadi Abdurrahid Ibrahim¹⁸. Der Zugang japanischer Kreise zu turkestanischen Emigrantengruppen und über sie womöglich auch zu innersowjetischen Untergrundorganisationen in Mittelasien dürfte durch die Vermittlung dieser zwei in der Emigration hoch angesehenen Exilpolitiker sehr erleichtert worden sein. Die deutsche Gesandtschaft in Kabul will Anfang 1942 erfahren haben, daß sich Japan schon lange mit Turkestan befaßt und es auch in seine politischen Planungen bei der projektierten Neugestaltung des „großostasiatischen Raumes“ einbezogen habe. Auch sollen zwischen Japan und der Türkei in Istanbul Verhandlungen über eine mögliche Abtrennung Turkestans von der Sowjetunion geführt worden sein, deren Zusammenbruch damals von vielen Beobachtern erwartet wurde. Es heißt, daß diese Verhandlungen japanischerseits von dem Herausgeber der bereits genannten Zeitung „*Tokyo Nichi Nichi*“ geführt wurden¹⁹. Ob diese Gespräche offiziellen oder privaten Charakter hatten und wer der türkische Verhandlungspartner war, ist unbekannt.

Im Februar 1942 berichtete die deutsche Gesandtschaft in Kabul erneut von der engen Zusammenarbeit der Japaner mit turkestanischen Emigrantenorganisationen. Es hieß, daß sie intensiv die Untergrundbewegung des usbekischen Politikers Sher Mohamed unterstützten. Letzterer war früher einmal Haupt der illegalen „*Basmat-schi*“-Organisation gewesen, die in den 20er und 30er Jahren zahlreiche kleinere Aufstände gegen die Sowjets und Unruhen verursacht hatte²⁰. Auch in diesem Falle

¹⁸ Telegramm Papens vom 13. 8. 1941 an das Auswärtige Amt (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes = PA AA, Pol. XIII, Allgemeine Akten Bd. 12, S. 199757).

¹⁹ Ingeborg Werner, *Die Afghanistan-Politik des deutschen Imperialismus vom Beginn des ersten bis zum Ende des zweiten Weltkrieges*, Phil. Diss. Halle/Saale 1964, S. 298 f. – Diese Arbeit beruht vorwiegend auf den Aktenbeständen des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, die dem Verfasser nicht zugänglich waren.

²⁰ Bericht des Gesandten Pilger an das Auswärtige Amt vom 5. 2. 1942 (PA AA, Büro St. S. Afghanistan Bd. 1, S. 250132).

ist nicht bekannt, in welcher Form diese Zusammenarbeit verlief. Da seit der Besetzung Persiens durch britische und sowjetische Truppen Afghanistan fast völlig von britisch-sowjetisch kontrolliertem Gebiet umgeben war und somit umfangreichere japanische Aktivitäten mit großen Schwierigkeiten verbunden waren, dürften sie kaum die deutsche Diversionsarbeit in Mittelasien überboten haben. Diese bestand darin, daß politische Untergrundorganisationen in der Sowjetunion durch professionelle Grenzgänger, Schmuggler usw. mit Geldern versorgt wurden, mit denen sie unter Einschaltung und Vermittlung turkestanischer Emigrantengruppen in Afghanistan, Indien und Sinkiang Waffen kaufen konnten; die Gegenleistung der usbekischen und turkmenischen Untergrundkämpfer bestand aus einem regen Nachrichtenhandel, möglicherweise auch in der Ausführung bestellter Sabotageakte²¹. Viel wußte die deutsche Gesandtschaft jedoch nicht über die Aktivitäten der Japaner nach Berlin zu funken, da sie von diesen nicht in die politisch relevanten Einzelheiten eingeweiht wurde. Nur belanglose Informationen leiteten die Japaner an die Deutschen und Italiener weiter. Die deutsche Mission beobachtete das japanische Treiben aber mit großem Mißtrauen und fürchtete, daß der ostasiatische Verbündete Deutschlands schließlich ein Rivale im Versuch der Einflußnahme auf die sowjetischen Orientvölker werden könnte²².

Es ist den Berichten der deutschen Mission in Kabul nicht zu entnehmen, welche Absichten Japan mit seinen Aktivitäten in Mittelasien verfolgte. Vermutlich dienten die illegalen Verbindungen seiner Gesandtschaft in Kabul nach Sowjet-Turkestan hauptsächlich der Nachrichtenbeschaffung. Auf weiterreichende Zielsetzungen weist nichts hin. Ebenso wenig ist bekannt, ob die japanischen Verbindungen mit dem nationalistischen Untergrund in Mittelasien noch nach 1942 fortgesetzt wurden. Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion spricht gegen eine derartige Annahme. Japan achtete im weiteren Verlauf des Krieges streng auf sein Neutralitätsverhältnis zur UdSSR, welches durch die mögliche Entdeckung seiner subversiven Wühlarbeit gegen diese schwer belastet worden wäre. Man bedenke, wie heftig Japan Anfang 1943 Hitlers Aufforderung zum Zweifrontenkrieg gegen die Sowjetunion zurückwies. Mitte 1943 versuchte es sogar eine gewisse Annäherung an die Sowjetunion und versicherte sie ihres gutnachbarlichen Vertrauens; Japan ging sogar soweit, die Vermittlung informeller Kontakte zwischen ihr und Deutschland anzubieten²³.

Mit Sicherheit ist allein festzuhalten, daß das japanische Interesse an der sowjetischen Nationalitätenfrage während des Krieges nicht mit dem von den Oberkommandos der japanischen, deutschen und italienischen Streitkräfte am 18. Januar 1942 geschlossenen Abkommen über die Abgrenzung der militärischen Operationsgebiete zusammenhängt, in dem Japan der asiatische Kontinent sowie die Seegebiete

²¹ Mühlen, a. a. O., S. 180.

²² Werner, a. a. O.

²³ Bernd Martin, *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg, Vom Angriff auf Pearl Harbour bis zur deutschen Kapitulation*, Göttingen 1969, S. 173.

östlich des 70. Längengrades überlassen wurden. Unter das japanische Interessengebiet wären somit auch die östlichen Gebiete Sowjet-Turkestans gefallen. Aber diese Aufteilung der Welt in Interessenzonen sowie ähnliche Abmachungen zuvor richteten sich gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien, nicht gegen die Sowjetunion²⁴.

Die vorhandenen deutschen Quellen über das Verhältnis Japans zu den nicht-russischen Völkern der Sowjetunion vor dem Hintergrunde der japanischen Außenpolitik vor und während des Zweiten Weltkrieges werfen viele neue Fragen auf, die allein schon deshalb unbeantwortet bleiben müssen, weil die diesbezüglichen japanischen Aktivitäten in einem überwiegend sub-politischen Bereich lagen, aus dem selten und meist lückenhafte Informationen der Nachwelt erhalten bleiben. Eine vollständige Behandlung des Fragenkomplexes würde zudem die Verwertung japanischer, sowjetischer und wahrscheinlich auch türkischer Archivalien erforderlich machen, wogegen neben politischen Hindernissen auch die sprachlichen Schwierigkeiten kaum zu überwindende Barrieren errichten. Gleichwohl verdient der Fragenkomplex Interesse, da die Geschichte der japanisch-sowjetischen Beziehungen trotz ausführlicher Darstellung ihres diplomatischen Teils noch längst nicht vollständig erfaßt ist. Soweit deutsche Quellen hierzu einige Orientierungspunkte geben können, hat die vorliegende Studie ihren Beitrag zu liefern versucht.

²⁴ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie E, Bd. I, Göttingen 1969, Dok. Nr. 145, S. 260f.